

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 2/2015

Feierstunde des Landtages anlässlich des Tages der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa

30. April 2015



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Neues Kammerorchester Potsdam unter der Leitung von Ud Joffe.



Inhalt

05

Britta Stark

Präsidentin des Landtages Brandenburg

09

Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

11

Juraj Herz

Zeitzeuge und Filmregisseur

14

Dr. Martin Sabrow

Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam

Blick in den Plenarsaal des Landtages Brandenburg während der Feierstunde.



Britta Stark

Präsidentin des Landtages
Brandenburg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Verfassungsgerichtspräsident,
sehr geehrte Abgeordnete und Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments,
des Deutschen Bundestages,
sehr geehrter Herr Herz,
sehr geehrter Herr Prof. Sabrow,
meine Damen und Herren!

Ich freue mich ganz besonders, dass heute unter den Gästen auch Vertreter von diplomatischen Missionen sind:

ich begrüße herzlich den Botschafter der Russischen Föderation Herrn Vladimir Grinin,
den Botschafter der Republik Polen Herrn Jerzy Marganski,
den Botschafter der Republik Belarus Herrn Andrei Giro,
die Gesandte der Tschechischen Republik Frau Eva Dworschakova,
den Botschaftsrat der britischen Botschaft Herrn Nick Leake
sowie die Präsidentin des Corps Consulaire Frau Honorarkonsulin Helga Exner.

Darüber hinaus heiße ich den ersten Ministerpräsidenten unseres Landes



Landtagspräsidentin Britta Stark

Dr. Manfred Stolpe, meinen Vorgänger Gunter Fritsch und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Königs Wusterhausen herzlich willkommen.

Zu Gast ist heute auch das Neue Kammerorchester Potsdam mit seinem Dirigenten Ud Joffe, die wir gerade erlebt haben.

Ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind, um gemeinsam im Landtag Brandenburg der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa zu gedenken.

Wie existenziell und bedeutsam das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen ist, das durfte ich bei den Veranstaltungen anlässlich der Befreiung der Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen wieder neu und intensiv erfahren.

Besonders bei den Begegnungen mit Überlebenden habe ich gespürt, wie sich die Erinnerung an das Geschehen immer wieder neu in das Bewusstsein einbrennt:

an das unvorstellbare Leid, an das Grauen, an die Todesangst der Menschen in den Lagern.

Und ich habe das menschliche Wunder erlebt, dass Überlebende uns mit Freundlichkeit und offenem Herzen begegnen können. Das hat mich sehr bewegt und ich freue mich, dass heute Ilse Heinrich und Charlotte Kroll unter uns sind. Beide Frauen haben das Konzentrationslager Ravensbrück überlebt.

Und trotz allem Leid, das sie durchgemacht haben, werden sie nicht müde, mit jungen Menschen über das Erlebte zu sprechen, damit sie verstehen und Verantwortung übernehmen.

„Das Ende des Zweiten Weltkrieges war eine Befreiung. Wir alle wurden befreit von dem menschenverachtenden System des Nationalsozialismus.“

Ihre Geschichten sind für uns ein kostbares Geschenk, damit wir niemals vergessen, was geschehen ist, und damit wir dafür sorgen, dass so etwas nie wieder geschehen kann.

Schostakowitschs Musik hat uns auf diese Feierstunde eingestimmt. Seine Kammersinfonie, von der wir den 1. Satz gehört haben, geht auf ein Streichquartett zurück, das er 1960 in Dresden ge-

schrieben hat – während der Dreharbeiten zum Film „Fünf Tage und fünf Nächte“ über die Zerstörung Dresdens.

Die Geschichten der Zeitzeugen hatten Schostakowitsch so tief berührt, dass er sein Stück den Opfern des Krieges und des Faschismus gewidmet hat. Der sowjetische Komponist machte die Trauer um alle Opfer zu seinem Lebensthema und zum Thema seiner Musik.

Einer Musik, die niemals propagandistisch und eindimensional war, sondern immer leidenschaftlich an der Wahrheit interessiert. Um dieses leidenschaftliche Interesse an der Wahrheit geht es auch heute in dieser Feierstunde.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges war eine Befreiung. Wir alle wurden befreit von dem menschenverachtenden System des Nationalsozialismus – das haben wir der Roten Armee zu verdanken und den polnischen Soldaten, die in der Roten Armee gekämpft haben. Das verdanken wir den USA, Großbritannien und Frankreich.

Im Westen war die Befreiung eine Chance für einen demokratischen Neuanfang. Aber es hat lange gedauert, bis diese Wahrheit bei den Menschen angekommen ist.

Erst im Historikerstreit seit 1980 wuchs die Einsicht, dass eine deutsche Identität ohne Erinnerung an den Holocaust nie wieder möglich sein darf.

In der DDR führte die Befreiung in eine neue Diktatur. Ohne Scham und Reue feierten wir in der DDR den 8. Mai als Tag der Befreiung – so als sei die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone einfach ausgetauscht worden.

In der Schule haben wir gelernt, dass der antifaschistische Widerstandskampf den Nationalsozialismus überwunden hat. Die Ermordung der europäischen Juden, der Sinti und Roma wurde in der DDR kaum thematisiert.

Heute gedenken wir mit Trauer der mehr als 50 Millionen Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus. Wir gedenken aller Toten. Wir gedenken insbesondere der 6 Millionen Juden, die in Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Menschen, die in diesem Krieg ihr Leben verloren haben. Wir gedenken der sowjetischen Soldaten, der polnischen Soldaten, der Soldaten der Alliierten.

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Behinderten, der Menschen, die für ihre politischen und religiösen Überzeugungen sterben mussten. Wir wissen: Wir dürfen keinen Einzigen von diesen Opfern vergessen.

Die Geschichten dieser Toten sind unsere Geschichten.

Je aufrichtiger wir uns damit auseinandersetzen, umso freier sind wir, die Verantwortung zu übernehmen, die unsere deutsche Geschichte von uns fordert. Nur auf diese Art und Weise finden wir Orientierung für die Gegenwart und für die Zukunft. Damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie wieder geschehen können – an keinem Ort der Welt.

Die beste Antwort gegen aktuelle Tendenzen von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung ist eine starke Demokratie und eine

„Die beste Antwort gegen aktuelle Tendenzen von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung ist eine starke Demokratie und eine Gesellschaft, in der alle Menschen willkommen sind und mitgestalten können.“

Gesellschaft, in der alle Menschen willkommen sind und mitgestalten können.

Seit 70 Jahren leben wir in Europa im Frieden. Heute ist Deutschland in Europa und in der Welt ein verlässlicher und geachteter Partner.

Dabei dürfen wir niemals vergessen, dass wir im vereinten Deutschland die Freiheit und die Demokratie nur mit unseren Nachbarn und Partnern wiedergewinnen konnten.

Jetzt stehen wir in Europa vor neuen Herausforderungen. Wir erleben neue Gewalt – in der Ukraine, in Syrien, im Nahen Osten. Mehr als 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht.

Mehr als 1 000 sind in diesem Jahr im Mittelmeer auf ihrem Weg nach Europa ums Leben gekommen. Das Schick-

sal dieser Menschen berührt uns tief und fordert uns zum Handeln auf.

Damit weitere Tragödien verhindert werden können, damit die Lebenssituation in den Herkunftsländern besser wird und damit mehr Menschen legal zu uns kommen können.

Die Freiheit bewahren, den Frieden schützen und die Menschenrechte sichern – das ist unser gemeinsames existenzielles Interesse in Europa.

In dieser Verantwortung stehen wir heute und in Zukunft mit unserer deutschen Geschichte.

Dr. Dietmar Woidke

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Frau Landtagspräsidentin Britta Stark,
Herr Verfassungsgerichtspräsident Jes Möller,
Herr Juraj Herz,
Herr Prof. Dr. Martin Sabrow,
Exzellenzen,
Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren!

Vor wenigen Tagen, am 19. April, durfte ich an den Gedenkveranstaltungen in den ehemaligen Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen teilnehmen. Ich bin dort mit Menschen zusammengetroffen, die in diesen Lagern unter dem Joch der SS gelitten haben. Sie haben dort Dinge gesehen und erlebt, die für uns heute unvorstellbar und nicht in Worte zu kleiden sind, mit denen man sie wirklich begreifbar machen kann.

Wer in die Augen dieser Menschen blickt, wer mit ihnen spricht und sich ihnen öffnet, kann eine ganz ungeheure Kraft erleben. Die Männer und Frauen, die die Konzentrationslager überlebt haben, sie haben dort das größtmögliche Grauen überstanden. Aber trotzdem haben sie die Kraft gefunden, an den Ort ihres Leidens zurückzukehren, 70 Jah-



Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke

re nach der Befreiung. Und manche von ihnen schaffen es sogar, den Tätern von damals zu vergeben.

Der Tag der Befreiung der beiden Konzentrationslager hat mir wieder deutlich gemacht, was diese Befreiung für uns heute in Brandenburg und Deutschland bedeutet: Es ist der Auftrag zum Gedenken, der Auftrag, sich zu erinnern und Sorge dafür zu tragen, dass so etwas nie wieder passiert. Dass nie wieder in Deutschland Antisemitismus, Fremdenhass und Rassenideologie um sich greifen. Und dass nie wieder von Deutschland aus die Welt mit Krieg, Tod und Leid überzogen werden darf.

Der 8. Mai als Tag der Befreiung symbolisiert diesen Auftrag mehr als jedes andere Datum. Er steht für die endgültige Niederlage des Nationalsozialismus, für das Ende der Nazi-Diktatur in Deutschland.

Es ist deshalb eine folgerichtige Entscheidung, dass wir in Brandenburg diesen Tag zum Gedenktag machen wollen. Zu einem Tag des Erinnerns an die

„Es ist (...) eine folgerichtige Entscheidung, dass wir in Brandenburg diesen Tag zum Gedenktag machen wollen. Zu einem Tag des Erinnerns (...). Aber auch zu einem Tag der Hoffnung auf Frieden, Freiheit und eine bessere Zukunft.“

unvorstellbar große Zahl an Opfern aus vielen verschiedenen Völkern. Aber auch zu einem Tag der Hoffnung auf Frieden, Freiheit und eine bessere Zukunft.

Wie wichtig dieser Gedenktag ist, zeigt sich auch an einer aktuellen Um-

frage: 42 % der Deutschen wollen einen Schlussstrich unter den Nationalsozialismus ziehen, hat das Institut Forsa herausgefunden. Ich bin der Meinung, dass es einen solchen „Schlussstrich“ niemals geben kann und geben darf, weil er der erste Schritt auf dem Weg wäre, die verhängnisvollen Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Die geplante gesetzliche Verankerung des 8. Mai als Gedenktag ist das Gegenteil eines solchen Schlussstrichs – und damit auch in jedem Jahr aufs Neue wichtig. Er ist einer von vielen Wegen, um die Erinnerung wachzuhalten.

Alle diese Wege sind wichtig und sie sind auch notwendig, um die Botschaft immer wieder hörbar zu machen: Die Botschaft, dass der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und die Beendigung des zweiten Weltkriegs ein Segen für Deutschland, Europa und die ganze Welt waren. Für diese Botschaft tragen auch wir im Land Brandenburg zusammen mit vielen anderen die Verantwortung.

Vielen Dank.

Juraj Herz

Zeitzeuge und Filmregisseur

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann Sie nicht alle persönlich begrüßen, weil ich hier nicht alle Namen kenne. Aber seien Sie begrüßt, als ob ich jedem Einzelnen die Hand gebe.

Ich weiß nicht, wo ich beginnen soll. Vielleicht beginne ich so: Ein halbes Jahr vor dem Ende des Krieges lebten wir in einer kleinen Stadt in der Slowakei. Das war eine Zipser-Stadt, wo Zipser-Deutsche, Ungarn und Slowaken lebten. Mein Vater hatte an allen Schulen Deutschunterricht, auch an der Hochschule in Prag lehrte er Deutsch und zu Hause wuchsen wir dreisprachig auf. Mein Vater erzählte mir kleine Geschichten von dort. Hauff, den hatte ich sehr gerne, aber meistens erzählte er mir von Heine, Goethe und Schiller. Das alles lernten wir damals übrigens, ohne aus den Büchern zu lesen. Wir mussten es auswendig lernen. Und auch er hat mir das alles vorgesprochen, wie ein Märchen vor dem Schlafen. Ich hatte die deutsche Sprache sehr gerne. Wie Sie hören, spreche ich nicht sehr gut, da ich doch meistens in der Tschechischen Republik lebte.

Mein Vater war sehr beliebt, meine Mutter auch, darum ließen sie uns



Juraj Herz

in Ruhe. Aber ein halbes Jahr vor dem Ende des Krieges bekam mein Vater die Nachricht, er soll sich mit seiner Familie verstecken. Wir konnten uns nicht bei den Slowaken verstecken, weil das ein nazistischer Staat war. Aber unweit von uns war ein kleines Dorf und dort waren nur deutsche Bauern. Wir gingen zu ihnen, die nahmen uns an und wir versteckten uns auch nicht. Wir gingen durch das Dorf, ich spielte mit den Kindern und so ungefähr nach drei Wochen sagte man uns, wir könnten schon zurück, es sei alles in Ordnung.

Wir kamen zurück, wurden gleich ins Gefängnis gesteckt und anschließend nach Auschwitz transportiert. In der Nacht standen wir in Auschwitz vor einem Tor, das, wie ich dann erfuhr, direkt in die Gaskammern führte. Wir mussten warten und warten, und nichts geschah. Da sagte mein Vater: „Du, wenn die uns und Mutter voneinander trennen, dann treffen wir uns irgendwann alle drei wieder zu Hause in Käs-mark (heute: Kežmarok).“ Nach ein paar

Stunden brachten sie uns Kaffee und Brot, führten uns zurück in die Waggonen und wir fuhren weiter. Wir verstanden das alles nicht.

Nach dem Krieg erfuhren wir, dass wir an diesem Tag Glück hatten, denn es gab kein Zyklon B mehr in Auschwitz. So kamen wir nach Ravensbrück (Brandenburg). Meine Mutter in das große Frauenlager und ich mit meinem Vater in das kleine Männerlager. Dann wurde mein Vater in ein schreckliches Lager nach Wöbbelin (Mecklenburg-Vorpommern) transportiert, wo ihn später die Amerikaner befreit haben und er viele Monate im Krankenhaus lag. Meine Mutter kam nach Bergen-Belsen (Niedersachsen), wo sie von den Engländern befreit wurde. Ich blieb in Ravensbrück und wurde irgendwann nach Sachsenhausen (Brandenburg) gebracht, wo uns im April 1945 die sowjetische Armee befreit hat.

„Ich konnte es mir nicht vorstellen, dass ich wieder hierher zurückkomme, dass ich vor Ihnen stehe und dass ich Ihnen diese Geschichte erzählen werde.“

Die Befreiung nahm ich ohne große Gefühle hin. Wir waren zwar befreit, aber es stellten sich bei uns keine Gefühle

der Freiheit, des Jubels ein. Wir verließen das Lager und gingen in die entgegengesetzte Richtung nach Hause. Über uns flogen die Flugzeuge und wir mussten uns eigentlich immer irgendwo verstecken, weil geschossen wurde. Die sowjetischen Panzer, die auf den Straßen fuhren, flogen nur so durch die Luft. Und doch kamen wir weiter. Der ganze Weg nach Hause dauerte fünf Wochen. Ich war als Erster zu Hause. Als Zweite kam meine Mutter und als Dritter mein Vater. Ich wusste, dass es so sein wird. Ich habe das nicht anders erwartet. Trotzdem kamen aus meiner großen Familie ungefähr 60 Leute ums Leben, meine Großeltern, Cousins und Cousinen, und weitere Verwandte. Wir drei konnten aber wieder nach Hause. Meine Eltern haben trotz dieser Anstrengungen noch lange gelebt. Ich bin jetzt 80, vielleicht werde ich auch noch ein paar Jahre leben.

Ich konnte es mir nicht vorstellen, dass ich wieder hierher zurückkomme, dass ich vor Ihnen stehe und dass ich Ihnen diese Geschichte erzählen werde. Ich hatte keine schlechten Erfahrungen mit den deutschen Staatsbürgern in Konzentrationslagern. Es waren eher Leute aus anderen Ländern, mit denen wir nicht auskamen. Und irgendwie war es auch komisch, wie die Bürger jedes Landes sich anders benahmten. Aber ich werde über diese Erfahrungen nicht sprechen, weil es wahrscheinlich durch den Krieg eine Ausnahmesituation war. Aber so, wie ich als Kind mit der deutschen Sprache aufgewachsen bin – dann viele Jahre nicht deutsch sprechen durfte –, so liebe ich die deut-

sche Sprache bis heute. Und wenn ich an meinen Vater denke, dann gehe ich zum Bücherregal und lese die Werke von Goethe, von Schiller und von Heine abends vor dem Schlafengehen in original deutscher Schrift. Ich habe sowohl die deutsche Staatsangehörigkeit

als auch die tschechische, weil ich es so wollte. Und ich fühle mich auch als Deutscher.

Ich danke Ihnen nochmals, dass ich hier sprechen durfte. Und hoffentlich sehen wir uns beim nächsten Mal noch lebend. Alles Gute.

Dr. Martin Sabrow

Direktor des Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Verfassungsgerichtspräsident,
sehr geehrte Exzellenzen, Botschafterinnen und Botschafter,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr verehrter, lieber Herr Herz!

Meine Damen und Herren,
wir haben uns an diesem 30. April versammelt, um an den 70. Jahrestag des größten materiellen und ideellen Zusammenbruchs in der Geschichte der europäischen Zivilisation zu erinnern. Nichts an dieser Feierstunde ist so selbstverständlich, wie es uns heute scheinen mag. Es ist nicht selbstverständlich, an die 70. Wiederkehr der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs zu erinnern; es ist nicht selbstverständlich, sie als Tag der Befreiung zu feiern und von einem Tag des Segens zu sprechen, wie es Herr Ministerpräsident Woidke es eben tat; und es ist auch nicht selbstverständlich, zu diesem Anlass einen Historiker in die Arena der Politik einzuladen, dessen Amt allein die Erkenntnis



Dr. Martin Sabrow

der Vergangenheit ist und nicht die Gestaltung der Gegenwart im Hinblick auf die Zukunft. Aber eine historische Einbettung dieses Datums und seiner eigenen mittlerweile siebzigjährigen Geschichte kann dazu beitragen, dass wir uns unseres eigenen Standorts in der Gegenwart besser vergewissern, dass wir uns über die Beziehung von Vergangenheitserfahrung und Zukunftserwartung klar werden, die unsere politische Kultur prägt.

Der 30. April als Zäsur

Auf der Ereignisebene markiert der 30. April 1945 die Agonie des sogenannten „Dritten Reiches“. An diesem Tag war der nationalsozialistische Herrschaftsbereich auf kleine Inseln in Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Sachsen zusammengeschmolzen, wurde München besetzt, drohte die US-Armee von der Elbe her die Reste der deutschen Westfront zu zerschlagen und kämpften sich in der zerstörten Reichshauptstadt sow-

jetische Truppen vom Potsdamer Platz und von der Weidendammer Brücke zum Reichstag und zur Reichskanzlei vor. In den ersten Morgenstunden des 30. April zerstörte Generalfeldmarschall Keitel mit einem Funkpruch die letzte Hoffnung auf Entsatz, die Hitler und seine Entourage im Führerbunker unter der Voßstraße noch gehegt haben mochten, und beschleunigte damit die Selbstauflösung der Schaltzentrale der NS-Herrschaft. Am Nachmittag des 30. April beging Adolf Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei in Berlin Selbstmord und ratifizierte auf diese Weise das Ende des „Dritten Reiches“ und seines Krieges, das über Teilkapitulationen am 2. Mai in Berlin (gegenüber der Roten Armee) und am 4. Mai bei Lüneburg (gegenüber der britischen Armee) in den beiden Gesamtkapitulationen des 7. und 8. Mai in Reims und Berlin-Karlshorst formell vollzogen wurde.

Am selben 30. April, an dem Millionen *displaced persons* durch das Land irrten, während sich in den von den Alliierten besetzten Gebieten bereits erste Verwaltungsstrukturen etablierten, befreite die Rote Armee etwa 3 000 zurückgelassene Häftlinge im Konzentrationslager Ravensbrück. Zur selben Zeit trieb die SS zehntausende Häftlinge in Todesmärschen von Bayern aus nach Süden, von Brandenburg aus nach Norden, um ihre Befreiung durch die Alliierten zu verhindern und diejenigen, die diese Tortur überlebten, an der Ostseeküste auf Schiffen zu deportieren oder durch eigene Flucht einem ungewissen Schicksal zu überlassen. Am 30. April 1945 startete aber auch auf dem bei Moskau ge-

legenen Flugplatz Wnukowo die sogenannte Gruppe Ulbricht mit dem Auftrag, die Rote Armee bei der Wiederingangsetzung des öffentlichen Lebens zu unterstützen, während sich zur selben Zeit aus dem kurz zuvor befreiten Zuchthaus Brandenburg-Görden ein Treck ausgemergelter politischer Häftlinge durch die sowjetischen Einschussringe nach Berlin durchzuschlagen versuchte. Am Abend des 30. April erschöpft auf Gut Ribbeck im Havelland gestrandet, fand der Elendszug der Befreiten noch die Kraft zu einer Versammlung, die mit einer Beschwörung der Einheit aller antifaschistischen Kräfte endete, wohingegen sich der in Bruchmühle bei Altlandsberg gelandete Walter Ulbricht zur gleichen Stunde auf den Weg in das 15 km entfernte und noch umkämpfte Berlin machte. Dort ging er in der Deckung der Roten Armee in den Folgetagen unverzüglich daran, Helfer für den Neuaufbau der Berliner Verwaltung und die Etablierung der Nachkriegsordnung in der zukünftigen Sowjetischen Besatzungszone zu rekrutieren. Seine wichtigste Kaderreserve fand er nach der vollständigen Einnahme der Stadt durch sowjetische Truppen in Spandau, wo unterdes der Treck der befreiten Zuchthaushäftlinge aus Brandenburg Quartier gefunden hatten, und mit ihnen ging er daran, in Berlin ein neues Machtgefüge zu etablieren, in dem Hitlergegner verschiedener Richtungen zusammenwirkten, aber die kommunistischen Kräfte die Fäden zogen.

Dieser schicksalhafte 30. April 1945 war ein Montag, wir würden heute sagen: ein Brückentag – ein Brückentag al-

lerdings, der die apokalyptische Sekunde zwischen dem nationalsozialistischen Grauen und der Geburt einer besseren Welt markierte. Alexander Kluge nannte den 30. April „den letzten Werktag des Dritten Reichs“, den brückenbildenden „Tag, an dem Hitler sich erschoss und die Westbindung der Deutschen begann“. Diese teleologische Verkürzung ist gewiss problematisch. Sie übergeht die vierzig Jahre einer deutschen und globalen Teilung, die eben nicht nur den geraden oder windungsreichen Weg nach Westen kannte. Der 30. April ist auch das Datum, das den zwölfjährigen Wettlauf zwischen europäischer Gesittung und deutscher Barbarei durch eine vierzigjährige Konkurrenz zwischen Ost und West, zwischen kommunistischer

„Dieser schicksalhafte 30. April 1945 war ein Montag, wir würden heute sagen: ein Brückentag – ein Brückentag allerdings, der die apokalyptische Sekunde zwischen dem nationalsozialistischen Grauen und der Geburt einer besseren Welt markierte.“

und liberaldemokratischer Ordnung der Welt ersetzte. Aber beide Wege öffneten sich an eben demselben Tag, an dem die pervertierte Denkwelt des Nationalsozialismus und seiner Utopie einer germanischen Moderne in der Apokalypse des von ihm verursachten Grauens zugrunde ging. Der 30. April lässt sich als den Tag verstehen, an dem die nationalsozialistische Volksgemeinschaft sich auflöste und der Führermythos zerstob, als habe es ihn nie gegeben; der Tag, an dem der Tod des verführerischen Diktators eine gähnende Leere hinterließ, die neben einer den Zusammenbruch begleitenden Selbstmordwelle eine soziale Atomisierung auslöste und die bedingungslose Fokussierung auf das eigene Überleben anstachelte.

In jedem Fall stehen die Tage zwischen dem 30. April und dem 8. Mai 1945 in dieser Sicht als die große Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts vor uns und als jene vielzitierte und von den Zeitgenossen vielbeschworene Stunde Null, die auf dem Weg der *Re-education* hier und der antifaschistischen Umwälzung dort die staatliche Kapitulation zur gesellschaftlichen Losagung vom nationalsozialistischen Verderben werden ließ. Wir wissen heute, dass diese Sicht ebenso richtig ist wie falsch. Besser gesagt: Sie ist unvollständig. Denn sie bezeichnet den entschiedenen und umfassenden Bruch mit dem alten Regime und seiner Ideologie, der das Ende des Zweiten vom Ende des Ersten Weltkrieg unterscheidet. Aber sie blendet die vielen Verknüpfungslinien aus, die die NS-Herrschaft mit der Nachkriegszeit verbinden: der rasche

Abbruch einer ohnedies unvollkommenen Entnazifizierung in beiden deutschen Gesellschaften, die Persilschein-Mentalität der Selbstentschuldung und die Projektion der unheilvollen Traditionen von hier Totalitarismus und dort Faschismus auf den jeweils anderen Teilstaat; die Kontinuität antidemokratischer, antipluraler, auch antisemitischer Denktraditionen und die spiegelbildliche Ausgrenzung breiter Strömungen des Widerstands; die verletzende Borniertheit gegenüber vielen Opfergruppen, die larmoyante Selbstviktimisierung und die fehlende Bereitschaft zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit den Ursachen der nationalsozialistischen Herrschaftseroberung und ihrer Steigerung zu Gegnervernichtung und Weltkrieg, zu Völkermord und Holocaust.

Das Kriegsende in der Erinnerung

Das Datum des Kriegsendes hatte es schwer, sich im Erinnerungshaushalt der Deutschen festzusetzen. Lange bedeutete es nicht den befreienden Aufbruch aus dem Kerker der Gewaltherrschaft, sondern das Ende der „Deutschen Katastrophe“ im Sinne von Friedrich Meinecke und die individuelle Leiderfahrung, die die Zeitgenossen als Ende der Ordnung, als Verlust ihrer Existenz, als hilflos erfahrene Misshandlung erlebt hatten, woran auch die akademische Geschichtswissenschaft nicht rühren mochte: „Wir sind allesamt im Dickicht. In einem dunklen Wald sind wir vom Weg abgekommen“, lauteten die Eröffnungsworte des Tübinger Historikers Rudolf Stadelmanns zu seiner Vorlesung

im Wintersemester 1945/46. Lange regierte ein „leeres und kaltes Vergessen“, wie Theodor Adorno 1959 feststellte. Den 8. Mai betrachtete Bundeskanzler Ludwig Erhard noch 1965 lediglich als einen Tag, „so grau und trostlos wie so viele vor oder auch nach ihm“, während er in der DDR 1950 wie in Frankreich oder der Sowjetunion (dort 9. Mai) einen „höheren formalen Stellenwert“ besaß und zum staatlichen Feiertag erhoben wurde, aber als „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch durch die Sowjetarmee“ ganz im Dienst einer antifaschistischen Staatsdoktrin stand, die das Ende des Weltkriegs als Etappe auf dem Weg zum Sieg der sozialistischen Weltordnung verstand.

„Das schwierige Datum wurde in der Bundesrepublik zu einem ‚Tag der Amnesie und der Amnestie.‘“

An der mühsamen Entwicklung des 8. Mai zu einem Tag des erinnernden Gedenkens lässt sich die Länge des Weges abschätzen, in der jene gewisse Stille der Nachkriegszeit, die Hermann Lübbe rückblickend konstatierte, sich in das Bekenntnis zur historischen Schuld verwandelt hat, das uns heute auch hier im brandenburgischen Landtag vereint. Über viele Jahre hinweg galt in der alten Bundesrepublik nicht der Untergang

im Mai 1945, sondern der Wiederaufstieg seit dem Juni 1948 als Ausgangsdatum der neuen Zeitrechnung: „Nicht ‚nach der Befreiung‘, sondern ‚nach der Währung‘ begann das neue Kalendarium“, umriss Peter Rühmkorf noch 1972 die Bewusstseinslage der Westdeutschen, die sich im Zwiespalt von positivem und negativem Gedanken gefangen fühlten. Diesen Zwiespalt brachte schon Theodor Heuss in der Sitzung des Parlamentarischen Rates am 8. Mai 1949 zum Ausdruck, als er mehr oder minder spontan die damals eben nicht selbstverständliche Erinnerung des Sozialdemokraten Walter Menzel an den Symbolgehalt dieses Tages aufnahm: „Ich weiß nicht, ob man das Symbol greifen soll, das in solchem Tag liegen kann. Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“

Das schwierige Datum wurde in der Bundesrepublik zu einem „Tag der Amnesie und der Amnestie“, zu dem Datum nämlich, zu dem nach dem Ende einer ersten Phase der juristischen Aufarbeitung jeweils zum 8. Mai die Verfolgung von NS-Tätern erst 1955 auf vorsätzliche Tötungsdelikte und dann 1960 auf Mord beschränkt wurden. Die erste Rede eines Bundespräsidenten und die erste Sondersitzung des Deutschen Bundestags zu einem Jahrestag des Kriegsendes fanden 1970 zum 25jährigen Jubiläum statt, und sie bewegten sich in einem metaphorischen Rededuktus, der moralische Selbstviktimsierung an die Stelle historischer Erklärung setzte, wie

etwa Gustav Heinemann in einer Erklärung vor dem Diplomatischen Korps am 6. Mai 1970 veranschaulichte: „Wir hatten ungezählte dunkle Stunden zu ertragen, ehe die verbrecherische Gewalt Herrschaft der Nationalsozialisten von uns genommen wurde.“

Dass der Tag des Weltkriegsendes in der frühen Bundesrepublik anders als der 17. Juni und der Volkstrauertag nicht in den Symbolrang der „Feiertage und Tage der Besinnung“ erhoben wurde, hing freilich auch mit der entgegengesetzten Entwicklung in der DDR zusammen. Dort wurde die symbolpolitische Besetzung des 8. Mai bereits 1949 mit der Einweihung des Treptower Ehrenmals und 1960 der Neuen Wache in Berlin inszeniert und bis zum Ende des SED-Staates mit öffentlichkeitswirksamen Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen untermauert. Staatliches Schweigen hüben und staatliches Gedenken drüben aber trafen sich bis in die achtziger Jahre in ihrer gemeinsamen Distanz zur historischen Erfahrungsrealität. Während im Westen die Metaphorik des dunklen Verhängnisses alle Fragen konkreter Verantwortung und individueller Täterschaft zudeckte, blendete der heroische Duktus der staatlichen Befreiungsrhetorik in der DDR die Schrecken und Gräueltaten der Zivilbevölkerung bei der Eroberung Deutschlands aus und externalisierte die Schuld der vielen kleinen Nazis, die ganz auf den anderen deutschen Staat und seine Regierung in Bonn abgeschoben wurde.

Während sich diese zunehmend steiler werdende Konfiguration der staatlich beherrschten Geschichtskultur im SED-

Staat bis zu dessen Ende nicht mehr änderte, geriet der bundesdeutsche Umgang mit dem schwierigen Datum in den achtziger Jahren endgültig in erhebliche Bewegung. Wohl brachte Bundestagspräsident Philipp Jenninger die Ambivalenz des Datums in der Bundesrepublik zum vierzigsten Jahrestag 1985 im Bundestag noch einmal auf die Formel: „Der 8. Mai 1945 wird in uns Deutschen immer widersprüchliche Empfindungen wecken.“ Doch der nach ihm sprechende Bundespräsident Richard von Weizsäcker entschied den Zwiespalt von Vernichtung und Erlösung, von Kapitulation und Befreiung mit seiner Gedenkrede, die berühmt wurde, weil sie den Zeitgeist so sehr traf, indem sie den 8. Mai zu einem Datum erklärte, „das für alle Deutschen verbindlich ist“, und verlangte: „Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.“ Diese Wahrheit bestand für Weizsäcker nicht allein darin, die militärische Kapitulation als Befreiung zu bezeichnen – das hatte kaum anders Bundeskanzler Kohl wenige Tage zuvor auf einer Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag der Befreiung von Bergen-Belsen auch gesagt –, sondern vor allem in der Klarheit, mit der er den 8. Mai 1945 als Folge des 30. Januar 1933 hinstellte; in der prononcierten Opferzentrierung samt einem dezidierten Akzentwechsel von den deutschen Opfern zu den Opfern der Deutschen, die er in ihren einzelnen Gruppen differenzierte; und zugleich in der Unverstelltheit, in der er eine niemals abschließbare Auseinandersetzung mit der Last der Vergangenheit einforderte: „Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag

der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.“

Weitere dreißig Jahre später können wir sagen, dass das nunmehr vereinigte Deutschland diesem Anspruch in bemerkenswertem Maße gerecht zu werden versucht hat. Zwar ist der 8. Mai trotz einzelner Initiativen 1990 nicht zum Nationalfeiertag der vereinten Deutschen geworden, sondern stand auch damals in der öffentlichen Meinung weit hinter der Konkurrenz zwischen dem 9. November und dem letztlich gewählten 3. Oktober zurück. Aber die insofern vereinigten Anstrengungen von Fachwissenschaft, öffentlicher Erinnerungskultur und Geschichtspolitik haben Schlussstrichforderungen ebenso aus dem Bereich des Sagbaren verbannt wie verklärende Bemühungen um eine positive Identifikation mit der deutschen Nationalgeschichte. Auch bald ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nimmt die mediale Präsenz von nationalsozialistischer Verführung und Gewalt, von Euthanasie und Judenmord, von Angriffskrieg und Widerstandskampf eher zu als ab. Selbst ein lange vergessener, wenn nicht verfehmter Hitler-Attentäter wie Johann Georg Elser ist mittlerweile zum Spielfilmthema geworden und überstrahlt als meterhohe Stahlsilhouette die einstige Berliner Regierungszentrale in der Wilhelmstraße. An der Bundesautobahn 7 wirbt heute eine „touristische Unterrichtungstafel“ mit der Aufschrift „Hei-

mat von Georg Elser“ um einen Besuch in dem beschaulichen Ort Königsbronn an der Ostalb, finanziert von eben dem schwäbischen Heimatort, der seinen mutigen Sohn über viele Jahrzehnte hinweg schamhaft verschwiegen hatte.

Auch die Bundesregierung hat sich im aktuellen Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und obersten Bundesbehörden weiter voranzutreiben. Die andauernde Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, das Bekenntnis zur deutschen Schuld und zur generationenübergreifenden Verantwortung, die Empathie für die Opfer und das entschlossene Vorgehen gegen jede Vergangenheitsvertuschung sind in den vergangenen 35 Jahren zu zwar immer wieder herausgeforderten, aber im Ganzen doch erstaunlich festen Fundamenten des deutschen Geschichtsdiskurses geworden, und sie haben im Bemühen, die Wiederholung einer „zweiten Schuld“ zu verhindern, wie dies Ralph Giordano nannte, nach 1989/90 auch den Umgang mit der zweiten deutschen Diktatur geprägt.

Negiert wird dieser Konsens durch andere Geschichtskulturen – durch arabischen Antizionismus, durch iranische Holocaustleugnung, durch türkischen Protest gegen die Bewertung des Armeniermordes als Genozid. Aber daran zeigt sich umso mehr, dass die fortgesetzte kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit der historischen Bürde des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs und ohne wechselseitige Aufrechnung und Relativierung auch der Last der doppelten Vergangenheit zum

Kern des deutschen und in nationalen Modifikationen auch des europäischen Selbstverständnisses geworden ist. Wer gegen die Maximen des „Nie wieder“ und der Opferempathie verstößt, stellt sich außerhalb der Grenzen des öffentlich Sagbaren und des gesellschaftlich Duldbaren. In einem Wort: Die Bundesrepublik der Gegenwart lebt in einem kathartischen Geschichtsbild, dessen Fluchtpunkt nicht mehr der Stolz auf die eigene Vergangenheit ist, sondern die Genugtuung über die Emanzipation von ihr und die Aufarbeitung ihrer Irrwege.

Der wohlfeile Geschichtskonsens

Viel wurde erreicht, und viel wurde auch in Brandenburg erreicht. Das Land hat beispielgebende Vergangenheitsarbeit geleistet und gefördert – mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und mit zahlreichen Initiativen und Kommissionen, Gedenkstätten und Lernorten zur zeithistorischen Aufarbeitung sowohl der NS-Herrschaft wie der SED-Diktatur und jüngst einer Enquetekommission zum Stand der DDR-Aufarbeitung im Bundesmaßstab. Und es wird dies auch weiterhin tun. Können wir also siebzig Jahre danach zufrieden sein? Ich meine: nein. Vielmehr ist eine ernüchternde Feststellung am Platz: Unser vergangenheitskritischer Geschichtskonsens ist wohlfeil geworden. Er kostet nichts mehr und im selben Maße, in dem er zum selbstverständlichen Fundament unserer politischen Kultur wurde, hat er auch sein aufrüttelndes Potenzial eingebüßt. Die Konfrontation mit der NS-Vergangen-

„Unser vergangenheitskritischer Geschichtskonsens ist wohlfeil geworden.“

heit verlangt uns nichts mehr ab, weil sie uns selbst nicht mehr einschließt, sondern höchstens in unserem Besser-Sein bestätigt. Im beruhigenden Glauben, aus der Geschichte gelernt zu haben, handeln wir in Wahrheit wie alle Generationen vor uns, die mit dem Blick auf die Vergangenheit Bestätigung für ihr Selbstverständnis in der Gegenwart bezogen. Das Projekt der historischen Aufklärung ist zur Realität einer historischen Affirmation geworden, die aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht mehr unbequeme und womöglich unwillkommene Erkenntnisse zieht, sondern immer wieder vertraute Bilder reproduziert und ritualisiert.

Längst ist der Schrecken der nahen Vergangenheit kommensurabel geworden und hat der Geschichtstourismus sich nach den historischen Idyllen auch der Schattenorte der Geschichte bemächtigt; längst dienen die Schauplätze des Grauens gleichermaßen dem historischen Lernen wie als wirtschaftliche Standortfaktoren und Alleinstellungsmerkmale des Stadtmarketings. Im Geschichtsboom unserer Zeit kommen Last und Lust der Vergangenheitserfahrung zur Deckung und verbindet sich die betroffene Distanzierung vor dem Jahrhundert der Extreme mit der Sehnsucht

nach der erfahrbaren Authentizität ihrer Relikte.

Doch nicht so sehr die kulturelle Trivialisierung unseres kathartischen, auf Brechung und Distanzierung angelegten Geschichtsbildes selbst muss uns besorgt machen, sondern die falsche Sicherheit, in der sie uns wiegt. Die wachsende Zahl von Mahnmälern und Gedenkstätten, die Zunahme von Stolpersteinen und Gedenktagen macht uns ehrlich gegenüber der verübten Unmenschlichkeit der Vergangenheit, wie Richard von Weizsäcker 1985 forderte. Aber macht sie uns auch stärker gegenüber der drohenden Unmenschlichkeit in der Gegenwart? Nur wenige Pegida-Demonstranten dieser Monate schöpfen aus dem ideologischen Arsenal des Faschismus, und ihre Kandidatin für die Dresdner Oberbürgermeisterwahl erklärt im Brustton der Überzeugung: „Wir sind alle keine Nazis, keine Rechtsradikalen. Wir sind Patrioten.“ Der „Front national“ in Frankreich kann sich empört von seinem Gründer distanzieren, weil der die Gaskammern von Auschwitz für eine Marginalie hält, und hat darum doch nichts von seiner Bedrohlichkeit für die offene Gesellschaft und ihre Werte eingebüßt. Die sich in diesen Monaten so erschreckend stark artikulierende Abwehr von Fremden und Flüchtlingen, die Ausbreitung rechtsradikaler und ausländerfeindlicher Einstellungen, sie sind weitgehend immun gegen die Anstrengungen der historischen Aufarbeitung, weil sie nicht gegen, sondern mit unserem Geschichtskonsens zu arbeiten vorgeben, weil ihre Protagonisten sich als moderne Patrioten verstehen

und nicht als ewiggestrige Altnazis.

Das Wissen um die Irrwege der deutschen Geschichte schützt wenig vor den Bedrohungen unserer politischen Gegenwartskultur. Gegen die Brandsätze von Tröglitz hilft das Wissen nicht, dass an derselben Stelle vor siebzig Jahren der KZ-Häftling Imre Kertész gelitten hat. Dieser Befund macht das Projekt der erinnernden und gedenkenden Aufarbeitung nicht überflüssig, in das wir in den vergangenen Jahrzehnten gerade in Deutschland, aber längst auch im europäischen Ausland so viel inves-

tiert haben. Wir müssen an der gegen so viel Abwehr und Ausweichen erreichte Intensität der Auseinandersetzung mit unserer furchtbaren Vergangenheit festhalten – aus Respekt vor den Opfern, aus Respekt vor der Wahrheit, aus Respekt vor uns selbst. Aber sie sollte uns nicht in dem fatalen Glauben wiegen, dass es damit getan sei – die Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit sichert noch nicht den Weg in eine unbelastete Zukunft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Herausgeber: Landtag Brandenburg,
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fotos: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Satz und Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0
Fax 0331 966-1210
post@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de